



# Gegnerische Stimmen über den Entwurf unseres Agrarprogramms.

(Fortsetzung.)

## 10. Die Streuzerlegung (fouleratio) schreibt:

Das ist ja längst bekannt, daß auch in der deutschen Sozialdemokratie Hoffnungen und Erwartungen neben den Beschränkungen sich finden. Aber in diesen Zeiten sind sie wohl nötig. Es gilt die Verwirklichung des Sozialdemokratischen Programms zu erreichen. Nur glauben die einen dies auf dem Wege offener Bekämpfung unter selbstbewußter, aufrechter Erziehung der Massen zu erreichen; während die anderen unter vorläufiger Schonung der „antifolkloristischen Schadel“ und unter vorzüglicher Berücksichtigung der Vermeidung der Unbequemung an gewisse wirtschaftliche Bindungen und Befreiungen des Volkes unter der bestehenden Ordnung leicht unterwürflich wollen, um ihn dann völlig in sich zusammenfügen zu lassen. Es wäre naive, die letztere Richtung etwa gar als eine unangelegliche Reformpartei anzusehen. Das ist aber mit ihrer Anwendung des Programms auf dem Lande große Erfolge erzielen wird, glauben wir nicht, freilich nur unter der Voraussetzung, nicht, daß endlich gegen die schmerzlichen Notstände der Landwirtschaft etwas Durchgreifendes geschieht.

## 11. Die freisozialistische Post schreibt:

Für die Fassung des neuen Programms ist sicher auch der Wunsch maßgebend gewesen, den revolutionären Charakter der Partei dem erschöpflichen Beobachter noch mehr zu verschleiern und so dem Scheitern, welches der Sozialdemokratie bei Behandlung wissen will wie jede andere Partei, zu Weg und Fortkommen der sozial-revolutionären Bestrebungen wirksamen Vorstoß zu leisten. Darauf deutet der generelle Zusatz zu dem zweiten Teil des Ernter-Programms hin, wonach die „nächst zu erreichenden Ziele“ im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“ erreicht werden sollen. Denn dieser Zusatz geht dem Belieben wie im gelehrten Epitome die willkommene Handhabe, die wirtschaftlichen Ziele der Sozialdemokratie als nur mehr honoris causa beibehaltene reine Theorien, den Uebergang von der revolutionären zur Reformpartei als vollzogen anzusehen, und sich die Schlämme wieder über die Ohren zu ziehen. Natürlich verlangt denn auch schon ganz nach Wunsch von einem neuen „Mauern“ der Sozialdemokratie, während man es vorzieht nur mit dem sehr prächtigen Verweise zu thun hat, für die Sozialdemokratie ein neues fruchtbares Weidgebiet in den ländlichen Bauernschaften zu gewinnen.

## 12. Die Nationalliberale Korrespondenz schreibt:

Es handelt sich bei diesem neuesten Unternehmen darum, die Landbevölkerung über das Wesen und die letzten Ziele der Sozialdemokratie bis zu dem Zeitpunkt zu täuschen, wo die in den Städten die Gewalt an sich gerissen hat, bis nach dem ersten Akt des „großen Kladderadatsch“, von dem Herr Webel laut und die anderen still trauern. Daß der zweite Akt, nämlich die Entzweiung aller Parteien, welche die Sozialdemokratie nicht notwendig folgen muß, das die Landwirte glauben zu machen, ist der Zweck der vorgezeichneten Programmsätze, der selbstverständlich die Verletzung des ersten, grundlegenden Teiles des Parteiprogramms bedeutet.

## 13. Die Kölnische Zeitung (nationalliberal) schreibt:

Was ist dies? Ist es wohl ein Zugeständnis an die „Dorfrinder“ — davon Abhandlung genommen worden. Das Sozialdemokratische Programm der französischen Sozialisten abzumachen und die Teiligkeit des kleinbäuerlichen Eigentums ausdrücklich zu proklamieren, aber in den Vorarbeiten wird das Privatkapitalium stillschweigend an allen Punkten anerkannt, auch an jenem, wo die Vermehrung des öffentlichen Grundeigentums und die Einführung eines Verfallsrechts der Gemeinden besteht, der zur Zwangsenteignung kommenden Güter geordnet wird. Nationalismus läßt sie auch auf diesem Boden proklamieren, und es fehlt in dem Programm nicht daran, aber es ist durchweg erbortet bürgerlicher Nationalismus, und daneben finden sich Forderungen, deren Erfüllung in dieser gegenwärtigen Lage nicht allein im Vorteil, sondern im Nachteil der Landwirte liegt. So zum Beispiel in Bezug auf die Beteiligung der Ertragssteuern als Staatssteuern (daß sie auch in den Gemeinden aufgebracht werden sollen, sagt das Programm nicht) und die Gewährung von Staatskredit an die Bauernschaften. Auf sozialdemokratischer Seite liest man es, den persönlichen Finanzminister, weil er als Vorgesetzter einmal sozialistische Ideen mit sich herumgetragen hat, eine Abkürzung zu nennen. Wenn das neue Programm nicht das wäre, als was es Webel bezeichnet hat, würde man mit viel größerer Berechtigung sagen können, die Sozialdemokratie sei zu Dr. Müller übergegangen. Aber, ausgehend von diesen unheimlichen, theoretischen Teil der Sozialdemokratie, die die von der Agrar-Kommission erhobenen, gelangt zu sein vorzieht, der vertritt einen Betrug, der zu plump ist, als daß durch ihn die zwei geübten Augen im Bauernhütchen gegen die gerade dem Grundbesitzer von der Sozialdemokratie drohende Gefahr blind werden könnten. (Schluß folgt.)

## Tagesgeschichte.

**Zum „Jubiläum“.** Es paßt den Kurpatrioten gar nicht in den Streifen, daß unsere Presse die Wärme der Begeisterung über das 25jährige Kriegs-Jubiläum nicht in den Himmel machen läßt. Einige der Nordpatrioten haben schon nach dem Staatsamt gerufen und verlangt, er solle auf Grund des Großen Luftparagrafen oder am liebsten mittels des Hochverratsparagrafen sich an uns herannahen. Daß die von Bismarck begangene Verrätherlichkeit zu gelangen werden müssen, schmerzt die Patrioten recht sehr. Und die Erinnerung an die Thatfache, daß die deutschen Bankhäuser zwar für die französische Kriegsanleihe sich begeisterten, aber nicht für die deutsche, vermag auch nicht, ihre gute Laune zu erhöhen. Zum Ueberfluß werden nun auch noch die Verlustziffern, die einzelne Regimente in Kriegen zu verzeichnen hatten, ausgegeben. Das (ostpreussische) Inf.-Reg. Nr. 44 verlor allein 1694 Mann, das (westfälische) Inf.-Reg. Nr. 16 gleichfalls 1691 Mann, Reg. Nr. 52 verlor 1655 Mann, Nr. 6: 1504 Mann, Reg. Nr. 48: 1497 Mann, Nr. 11: 1453 Mann, Kaiser Franz-Reg. 1322 Mann, achtes sächsl. Inf.-Regiment 1318 Mann. Ueber 1000 Mann verloren noch die Regimenter: 1., 2., 3. Garde-Grenadier-Regiment, ferner die Regimenter 3, 7, 8, 20, 24, 32, 35, 40, 43, 46, 50, 56, 57, 83, 85, 94, sowie das 2. bairische Infanterie-Regiment mit 1097. Ganz abnorm war die Einbuße bei dem Garde-Schützen-Bataillon mit 518 Mann. Das Bataillon hat also nahezu 60 Proz. seines Bestandes eingebüßt. Auch einzelne Reize, sowie Artillerie-Regimenter weisen staunenerregende Ziffern auf, so das Magdeburger Kürassier-Reg. Nr. 7 207 Mann, altmärkisches Ulanen-Reg. Nr. 16 198 Mann, erstes Garde-Dragoon-Reg. 141 Mann. Das brandenburgische Feldartillerie-Reg. verlor nicht weniger als 632 Mann. Von Verlusten über 10000 Mann wurden nur das 3. preussische und 1. bairische Armeekorps betroffen. In dem Feldzuge fanden 78 Schlachten und Gefechte, sowie 870 Retonnes aller Arten statt. Den Franzosen kostete der Krieg weit über 200000 Menschen. Und angesichts dieser entsetzlichen Elendsziffern mag es das verroste Patriotengedankel, uns aus unserer ablenkenden Faltung zum Jubiläumsschwindel einen Wortwurf zu machen.

**Bourgeois-Moral im Klassenstaat.** In Ludwigs-hafen war die letzte Stadtratswahl wegen unerhörter Ver-

gewaltigung durch Beamte der allmächtigen Anilinfabrik angefochten worden. Der Verwaltungsgerichtshof hat nun das Urteil gesprochen. Interessant ist besonders der folgende Passus: „Was insbesondere die angebliche gewaltige Beeinflussung der Arbeiter und Bediensteten anbelangt, so ist die Wahlfreiheit gestiftet durch die allgemeinen Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs und durch die für die Wahl vorgeschriebenen Formen. Alle Mittel der Beeinflussung aber, welche nicht Verhöfe gegen diese Vorrichtungen enthalten, sind zulässig, mögen sie auch vom Standpunkt der Moral noch so bedenklich sein. Das ist auch für die Reichstags- und Landtagswahlen anerkannt worden.“ — Das Preßgesetz und dessen Auslegung durch die heutigen Staatsanwälte verbietet uns, den richtigen Kommentar zu dieser Begründung zu schreiben.

**Strafe muß sein.** Der freisinnige Abg. Dr. Hermes, der zur Zeit als Beisitzer in Wiesbroy weilte, richtete an den dortigen Oberförster Müller die Bitte, ihm auf dem von diesem gepachteten Wiegiger See die Ausübung der Jagd auf Enten gestatten zu wollen. Die Antwort des Oberförsters lautete vorbildlich:

„Euer Wohlwollgebornener Herrschmiedemann Antrag vom 23. d. M. ergeht nicht zu erwidern, daß ich die Erlaubnis zur Entenjagd auf dem Wiegiger See nicht genehmigen bin zu erteilen. Sie haben es mit verschuldet, daß der Reichstag dem Fürsten Bismarck nicht gebührend gratuliert hat. Schreiben Sie Ihre Enten bei Bismarck ein, in Wiesbroy sollen Sie keine Enten.“ Mit entsprechender Hochachtung.

G. Müller, königlicher Oberförster.

Hermes soll sich jetzt Eingang dieses Briefes schwer mit Selbstmordgedanken tragen.

**Es hat geholfen.** Die Volkszählung war auch heuer, wie bisher stets, auf den 1. Dezember anberaumt worden. Und heuer hätte die Zählung erst recht an diesem Tage vorgenommen werden können, denn der 1. Dezember ist diesmal ein Sonntag. Aber auf „unangelegliche Bedenken“, die von kirchlicher Seite gegen die Sonntagseweiheung erhoben worden sind, hat der Bundesrat die Zählung auf den 2. Dezember verlegt.

**Von Innungslohn.** Die Berliner Innungskonferenz hat ihre Beratungen beendet. Der ihr vorgelegte Regierungsentwurf verlangt die Zwangsinnung. Der Großbetrieb, welcher handwerksmäßig ausgebildete Stellen beschäftigt, soll zu den Unkosten der Innung beitragen. Die Forderung des Befähigungsnachweises wurde fallen gelassen, nachdem der Regierungsvertreter erklärt hatte, die Regierung lasse sich gegenwärtig unter keinen Umständen an den Befähigungsnachweis ein, bezüglich des Lehrlingswesens wurde der Regierungsvorlage zugestimmt, nach der auch nicht handwerksmäßig ausgebildete, die das Gewerbe fünf Jahre selbstständig betrieblen haben, Lehrlinge ausbilden dürfen. Betreffs des Meistertitels nahm die Konferenz die Regierungsvorlage an, nach welcher den Meistertitel nur dargebrachte Prüfungen, der das Gewerbe erlernt und die vorgehiebenen Prüfungen abgelegt hat.

**Den Freunden der Doppelwährung** kommt aus Amerika eine neue schmerzliche Kunde. Es mehren sich dort die Gegner der Silberwährung. In Iowa, bisher einem der festesten Doppelwährungsstaaten, haben sich zwei Drittel der Countyverwaltungen gegen die freie Silberprägung — das Rückgrat des Bimetallismus — erklärt.

**Was ein Minister nicht alles weiß!** Auf einer Versammlung von Landwirten in Ellwangen sagte der württembergische Minister Bichel u. a., er hoffe, die Bauern würden den sozialistischen Verführungen das Ohr nicht leihen; „denn auch, den Fall gesetzt, die Sozialdemokratie käme ans Ruder, so würde sie doch nur die Reichen erm, aber die Armen nicht reich machen.“ Der Minister hat da eine alte Phrase nachgesprochen, die von der ersten und verständigen Kritik immer als eine der thörichtesten Phrasen, die man zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gebraucht, bezeichnet werden ist.

## Anslaud.

**Oesterreich.** Die Katastrophe von Brüg führt wieder zu den famosen antischen „Erhebungen“, die auch in Oesterreich den interessierten Unternehmern, d. h. Erzherzogen, Ständeherrn, Höfensfürsten, den Larisch, Wilczek, Rothschild, Guttmann, nicht wehe thun. Die Wismar haben nicht zu fürchten, daß ihnen ein Paar gekümmert wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit und der Arbeiter. Der Klientel ist ihr Eideshelfer. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch in Brüg der zigelförmige Haubau, der nur den reichen und großen Profitt als Endziel hat, jene Katastrophe verschuldet hat.

**Frankreich.** Infolge des Drängens der Kammer wurde die Südbahn-Strafphase wieder aufgenommen; gestern erfolgte laut der „B.-Z.“ die Verhaftung von Felix Martin, Bobin und André, die bei den Betrügereien Strohmännchen gespielt haben.

**Italien.** Ein neuer Kaiser in Sicht. Der Borwardts schreibt: Die Völker brauchen nicht zu erschrecken — es wird wohl nicht so gefährlich werden. Aber Ernst ist's. Und zwar handelt es sich nicht, wie nach der letzten Erziehung des Kaiserreichs in Frankreich, um einen halbwilden Kaiser in Amerika, nicht um einen zweiten Solouane, der sich, den europäischen Potentaten zum Trost, die Kaiserkrone auf seinen Negerkopf setzte, und seine Rolle auch so gut spielte, daß man ihn von einem richtigen, großen Kulturkaiser nicht unterscheiden konnte. Nein, diesmal handelt es sich um einen echten und rechten Kaiser in Europa, und zwar um einen anderen, als „unseren“ Verbündeten im Dreibund, den König von Italien. Der Plan rührt von Crispi her, der sich für den königlichen Ruf auf seine plebejische Verbredertin erkleinlich zeigen und in die Liebe seines Herrn einiges Del gehen will — was ihm ja nichts kostet. Warum soll kein König, der Verbündete zweier Kaiser, nicht auch Kaiser sein? „Dreitaiserbündnis“ klingt doch gewiss weit hübscher und stolzer als „schlechtweg Dreibund“. Und hat nicht auch die Königin von England den Titel „Kaiserin“ angenommen? Kaiserin von Indien? Crispi will den König Umberto zu einem „Kaiser von Italien“ erheben. Römischer Kaiser würde freilich einen weit besseren Klang haben, allein der Titel ist leider schon beschlagnahmt von dem östreichischen

Kaiser, der noch, von der guten alten Kaiserzeit des „römischen Reichs deutscher Nation“ her, den Titel als Erbkönig in seinem Wappen führt.

Crispi sieht jetzt nur nach einer passenden Gelegenheit, wo er die Haupt- und Staatsaktion in Szene setzen kann. Wie leicht kommen wir schließlich auf den „Kaiser Milan.“

## Politikales und Gerichtliches.

§ Genosse A. von Posthaus hat „öffentliches Vergernis“ erret. Seit Jahren schon brachte er Sonntags während des Gottesdienstes seine politischen Bemerkungen dem Volkfreund in das Haus. Einmal Tages war darüber öffentliches Vergernis entstanden und A. von Posthaus zum 3. März Gefängnis verurteilt. In zwei richtigeren Instanzen wurde die Gefängnisurtheil aufgehoben. Das Oberlandesgericht zu Karlsruhe wies die Angelegenheit zur nochmaligen Verhandlung zurück, da aus den Entlassungsgründen des Untergerichts nicht ersichtlich sei, auf Grund welcher Paragrafen der in Frage kommende Verordnungsgeber die Sonntagsbeihilge das öffentliche Vergernis festgelegt worden sei.

## Soziale Uebersicht.

**Arbeiterleben in Wäckeren.** Bekommen die Wäckererleihen seinen Schuß gegen beliebige Ausbeutung? Die Frage des Maximalarbeitstages für das Wäckerergewerbe hat dieser Tage auch den in Wietzen a. O. abgehaltenen Verbandstag der brandenburgischen Wäcker-Immungen beschäftigt, wobei Obermeister Bernard Berlin mitteilte, er sei vor kurzem in dreiwertelstündiger Audienz beim Reichs-Panzer empfangen worden und habe aus dieser Unterredung die Hoffnung ge schöpft, daß das Wäckerergewerbe von einem Maximalarbeits-tage verschont bleiben werde. Besonders hätten bei der Regierung die gegen die Festsetzung eines solchen gerichteten Petitionen der Wäckererleihen ersichtlich Eindruck gemacht. Was an der Sache wahr ist, wissen wir nicht. Daß Wäckererleihen selbst petitioniert haben sollen, ihnen keinen Schuß angebeihen zu lassen, macht die Sache etwas anrüchlich.

**Eine originelle Ausstellung** hat ein galizischer Edelmann auf seinem Gute errichtet, zu deren Besuch er das Publikum an den umliegenden Märkten durch einen Ausrufer, den er mit einer Hiesentrommel verah, einladen läßt. Die Ausstellung soll so lange eröffnet bleiben wie die vorjährige offizielle Landesausstellung, zu der sie ein ergänzendes Bild geben soll. Sie hat aber, wie ihr Eigentümer meint, vor der offiziellen wohl nicht zu untergeschätzende Vorteile. Erstens bietet sie ein wahres Bild von der wirtschaftlichen Lage des Landes, und zweitens brauchen die Besucher kein Eintrittsgeld zu entrichten. Am Eingange eines umfriesenen Stückes Acker ist eine große schwarze Tafel angebracht mit der Aufschrift: „Ausstellung des galizischen Glends“. In der Maschinenabteilung sieht man vorrätig stehende, in Galizien bei den Bauern im Gebrauche stehende Ackerbaugeräte in verwohlenem Zustande, die ganz der Wirklichkeit entsprechen. In der ethnologischen Abteilung hängen zerrissene, schäbige Bauernkittel und Dpanten. Der agrarische Teil besteht aus Häuten der überaus schmerzlichen Feldmanns, verkrümmten Felsbrüchen, einer Ferkelwagen mit der Aufschrift: „Erhalten an...“ verendet wegen Futtermangel an... — Die Ausstellung erklärt das unglückliche Galizien besser als die Pöstemündigen Dörfer einer offiziellen Landesausstellung.

## Zur Arbeiterbewegung.

**Der Streik der Bauarbeiter in Halle dauert un-  
ändert fort.** Zugang ist streng fernzuhalten.

Die Arbeiter in Halle sind die bestbezahltesten Arbeiter wegen Lohn-  
differenzen in den Wäckeren getreten. Es wird gebeten, den Zu-  
gang für sämtliche Branden fernzuhalten.

Die Maurer Berlins beschließen in öffentlicher Ver-  
sammlung, auf allen Bauern, auf denen ein Stundenlohn von  
50 Pf. und darunter gezahlt werde, nur im Ausmaß auf Erfolg  
vorzugehen, mit einer Forderung um Erhöhung des Lohnes vor-  
zugehen.

In Solingen steht ein Streik der Federmeier Reider be-  
vor. Die Arbeiter verlangen von einer Anzahl Fabrikanten, die  
unter den festgesetzten Preisen haben arbeiten lassen, von diesen  
die längere Zeit zu wenig bezahlt worden, nachzusagen.

In Greunenberg befinden sich die Arbeiter der Schloß-  
fabrik von Rubens im Streik. Circa 14 Personen haben die  
Arbeit eingestellt. Die Ursache des Ausstands sind Lohnhöhen.  
Der große Bergarbeiterstreik in Brauzhül (Galizien)  
wurde am Mittwoch beendet, nachdem fast alle Bedingungen der  
Arbeiter angenommen worden waren.

**Anherberordentliche Stadtverordneten-Sitzung**  
vom 31. Juli.

Imperatour auf der Gallerie: an der offenkundigen Thür (der  
einigen Ventilations-Einrichtung dort) in dem hochgelegenen  
niedrigen, fensterlosen Gemölde) 19 Grad K., an den Bericht-  
erhaltenen 3-5 Grad mehr.

Der Ober-Verord. Herr Dittenberger, teilt mit,  
daß sämtliche bisher neu eingeangenen Anträge des Magistrats  
auf die heutige Tagesordnung gesetzt worden sind. Doch gelangen  
von den 23 Punkten in öffentlicher Sitzung nur die Nummern  
1, 2, 4, 5, 8, 9, 11, 13 und 20 zur Erledigung; außerdem ein  
Antrag des Magistrats, betreffend die Erhebung einer Weisheit  
für die durch das Protokoll der Verhandlung festgestellten. Eine  
andere Vorlage, betreffend die Vermietung der Restauration auf  
dem Schloß und Viehhofe, wird wegen dabei eventuell zu er-  
fordernder Privatverhältnisse in die geschlossene Sitzung verlegt.

Nach Beratung und Genehmigung des Protokolls der letzten  
Sitzung wird in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

1. Die Genehmigung des Mietsvertrages mit dem  
Theaterdirektor Rahn wird ausgesprochen. Aus dem 24.  
Paragrafen bestehende Betrag wird vom Referenten verlesen  
und über die Paragrafen, von welchen mehrere nicht wesentliche  
Abänderungen erlangen, einzeln abgelesen. Der Referent der ge-  
meinsamen Theaterkommission, Stadtb. Schütte, fonnelt wie der  
Referent der Finanzkommission, Stadtb. Herzfeld, berichtet  
den Standpunkt, daß infolge der Gelten des Kontraktes des  
Direktor Rahn auf den Direktor Rahn, der verbesserte und ver-  
vollkommnete Entwurf des vorliegenden mit Herrn Rahn ver-  
schlossenen Kontraktes nicht als ein neuer Kontrakt anzusehen sei.  
Dieser Auffassung wird mehrheitlich widersprochen. (Einen un-





